

**Kleine Anfrage** der Fraktion der CDU vom 14. September 1999

**Einrichtung eines Mammographiezentrums als Modellprojekt in Bremen**

Zur Verbesserung der Früherkennung und Behandlung von Brustkrebs soll mit Kooperationspartnern ein Modellprojekt für ein Mammographiezentrum in Bremen ermöglicht werden.

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der Sachstand bezüglich der Antragsteller aus dem Lande Bremen, die sich an der Ausschreibung für die Modellprojekte zur Erprobung des qualitätsgesicherten Mammographie-Screenings in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt haben?
2. Wie lautet die inhaltliche Stellungnahme des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung für die bis zum Ende Dezember 1998 eingegangenen Anträge aus dem Lande Bremen?
3. Wie ist der Sachstand oder Ablaufplan der konkreten Umsetzung für Bremen, insbesondere vor dem Hintergrund der gutachterlichen Stellungnahme des Zentralinstituts und der Notwendigkeit der Bildung einer Lenkungsgruppe aus dem Gesundheitswesen für Bremen?
4. Wie wird die notwendige Vernetzung von ambulant und stationär tätigen Ärzten im Bereich der Krebsvorsorge und -früherkennung sichergestellt?

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU

D a z u

**Antwort des Senats vom 5. Oktober 1999**

Die o. a. Anfrage beantwortet der Senat wie folgt:

Zu Frage 1.: Wie ist der Sachstand bezüglich der Antragsteller aus dem Lande Bremen, die sich an der Ausschreibung für die Modellprojekte zur Erprobung des qualitätsgesicherten Mammographie-Screenings in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt haben?

Der Beirat der Planungsstelle „Mammographie-Screening“ des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland hat in seiner Sitzung am 7. September 1999 beschlossen, den Partnern der Gesamtverträge (Spitzenverbände der Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung) eine Förderung des Bremer Modellprojekts zu empfehlen.

Die Antragsteller für das gemeinsame Modellprojekt aus Bremen setzen sich aus folgenden Einrichtungen zusammen:

- Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales,
- Kassenärztliche Vereinigung Bremen,
- Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße,

- Deutsche Krebsgesellschaft — Landesverband Bremen e. V.,
- Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin — BIPS,
- Centrum für Medizinische Diagnosesysteme und Visualisierung — MeVis.

Zu Frage 2.: Wie lautet die inhaltliche Stellungnahme des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung für die bis zum Ende Dezember 1998 eingegangenen Anträge aus dem Lande Bremen?

Das Bremer Brustkrebs-Screening Programm (BBSP) wurde als gemeinsamer Antrag (Antragsteller siehe Antwort auf die Frage 1) am 30. Dezember 1998 dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt.

Weitere Anträge aus Bremen wurden nicht eingereicht.

Das Zentralinstitut hat im Rahmen seiner mit geringfügigen Auflagen versehenen Förderempfehlung bislang keine differenzierte inhaltliche Stellungnahme vorgelegt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist unklar, ob eine derartige Stellungnahme noch erfolgt bzw. überhaupt erfolgen muss.

Zu Frage 3.: Wie ist der Sachstand oder Ablaufplan der konkreten Umsetzung für Bremen, insbesondere vor dem Hintergrund der gutachterlichen Stellungnahme des Zentralinstituts und der Notwendigkeit der Bildung einer Lenkungsgruppe aus dem Gesundheitswesen für Bremen?

Unabhängig von einer eventuell noch ausstehenden gutachterlichen Stellungnahme wurde bereits mit der Förderempfehlung des Beirates vom 7. September 1999 dem BBSP faktisch der Zuschlag erteilt.

Der Ablaufplan sieht zunächst eine Startphase von ca. sechs Monaten vor. Innerhalb dieses Zeitraums wird die vorrangige Aufgabe der noch einzusetzenden Lenkungsgruppe die Gründung einer Betreibergesellschaft für die Mammographieeinheiten (z. B. in Form einer GmbH) sein. Darüber hinaus stehen Vorgespräche mit dem Ergebnis verbindlicher Absprachen aller beteiligten Einrichtungen unmittelbar bevor.

Zu Frage 4.: Wie wird die notwendige Vernetzung von ambulant und stationär tätigen Ärzten im Bereich der Krebsvorsorge und -früherkennung sichergestellt?

Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen ist ebenfalls Antragsteller des BBSP. Eine Einbindung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ist hierdurch bereits vorprogrammiert.

Darüber hinaus wird es die vorrangige Aufgabe des Mammozentrums an der Klinik für Gynäkologie des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße als elementarer Baustein des Modellprojekts sein, die Vernetzung zwischen ambulant und stationär tätigen Ärztinnen und Ärzten anzustreben. Instrumente für die Vernetzung sind einerseits die verbindlich vorgesehene Doppelbefundung der Mammographien und andererseits — bei auffälligen und z. B. operationspflichtigen Befunden — die gemeinsame Befundungskonferenz, die u. a. ein Feedback für niedergelassene Screeningärzte vorsieht.